

Christa Randzio- Plath

Frauenarmut – kein Thema?

Das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung will das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung stärken und die vielfältigen Ursachen und Auswirkungen beschreiben sowie zu Lösungen aufrufen. 2010 soll aufräumen mit den Vorurteilen und möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzung betroffenen Menschen. Die Ungleichheit hat in Deutschland zugenommen. Ein Prozent der Bevölkerung, 800000 Menschen, besitzen so viel Vermögen an Immobilien, Geld, Wertpapieren, Aktien und Lebensversicherungen wie die restlichen 99% der Bevölkerung. Dabei ist Armut menschengemacht wie Reichtum auch. Trotz der Zunahme des Volksvermögens um 300 Milliarden Euro(2000-2007) bekommen abhängig Beschäftigte immer weniger vom gesellschaftlich erzeugten Reichtum ab.

Die Bundesregierung konzentriert ihre Maßnahmen auf Kinder, Arbeitswelt und Integration. Diese Zielgruppen sind wichtig, aber Frauen sind stärker vom Armutsrisiko betroffen als andere Gruppen. Wenn Mütter arm sind, trifft das auch Kinder. Frauen als Migrantinnen sind doppelt betroffen. Und Frauen stellen die meisten Personen im Niedriglohnsektor, so dass ihr Einkommen nicht zum Auskommen reicht. Das ist auch in Großstädten wie Hamburg so. Frauen verstecken ihre Armut stärker als Männer, so dass häufig ihre Scham ihnen im Weg steht, Unterstützung zu fordern, die ihnen die soziale Integration möglich macht. Das Europäische Jahr 2010 fordert alle – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Verbände, Medien, aber auch die Bevölkerung dazu auf, alles zu tun, um diese Zustände zu verändern. Alle Menschen und die Gesellschaft insgesamt gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung und Armutsrisiken verringert werden.

Frauen als Zielgruppe sind nicht besonders angesprochen, obwohl Frauenarmut auch Kinder trifft. Kinderarmut ist auch eine Folge von Frauenarmut. Wichtig sind daher Maßnahmen, die sich nicht auf Sozialpolitik beschränken, sondern auch makroökonomische Politikkonzepte hinterfragen, die zu Ungleichheit beitragen.

Zudem geraten auch ältere Frauen aus dem Blickfeld der Politik, die Armut verstecken und Arztbesuche unterlassen, weil sie das Geld für die Zuzahlungen nicht haben. Und das gilt nicht nur für Alleinerziehende. Aber Alleinerziehende sind eine besondere

Risikogruppe, weil 24% von ihnen von Armut bedroht sind (Bevölkerung insgesamt: 16%). Auch wenn sie häufig Arbeitsangebote nicht annehmen können, weil es an bedarfsgerechten Betreuungsangeboten fehlt, so ist ihre Lage besonders prekär und muss in besonderer Weise angegangen werden. Schließlich sind die Folgen der Armut für Frauen Kinder von großer Bedeutung für das zukünftige Leben- von Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Startbedingungen in der Schule bis zur Lebenszufriedenheit.

Die Zukunftsvision der Europäischen Union Europa 2020 setzt zu recht auf ein neues Umfeld zur Armutsbekämpfung, das ein nachhaltiges und intelligentes Wachstum bestimmt. Die wichtigen Ziele sind: eine Beschäftigungsquote von 75%, Investitionen in Forschung und Entwicklung von 3% des BIP, 30 % Emissionsrückgang, Rückgang der SchulabrecherInnen auf 10% ,Anstieg der tertiären Bildungsabschlüsse auf 40% und auch dadurch die Senkung der armen Bevölkerung von heute 80 Mio Menschen um 20 Mio.

Zu recht sorgen sich nach einer Eurostat – Umfrage die BürgerInnen Europas wegen der Armutsrisiken. Arm sind Menschen, die mit weniger als 60% des Durchschnittseinkommens in ihrem Land auskommen müssen(Definition der Europäischen Kommission).Nur 31% sind der Meinung, dass ihre nationalen Regierungen die Probleme von Armut und Ungleichheit richtig anfassen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Armutslage verschärft und wird sie weiter verschärfen, da die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird und viele Staaten wegen ihrer hohen Haushaltsdefizite sparen müssen und dabei die Sozialleistungen nicht ausnehmen. Dabei ist festzustellen, dass Sozialtransfers ohne Altersversorgung Armut um 1/3 vermindern. Allerdings gibt es Staaten, in denen diese Sozialleistungen die Armut um 60%, andere jedoch, in denen Armut nur um 20 % verringert wird. Effizienz und Konzepte der Sozialfürsorge müssen überprüft werden, gerade in Krisenzeiten. Deswegen werden Konzepte gebraucht, die Arbeitsplätze schaffen und Solidarität mit denjenigen beweisen, die auf sie angewiesen sind. Schließlich geht es der Wertegemeinschaft Europäische Union um mehr als die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Eine Gesellschaft schuldet den Armen mehr als materielle Hilfe. Es geht um eine inklusive Gesellschaft, an der alle teilhaben können.

Deswegen ist es so wichtig, die Armut der Frauen ins Blickfeld von Politik zu rücken. Für Frauen ist es von zentraler Bedeutung, dass

- **ein Existenz sichernder Mindestlohn wie in den meisten EU-Staaten gezahlt wird,**
- **der skandalöse Lohnunterschied von durchschnittlich 23% in Deutschland endlich der Vergangenheit angehört,**
- **der Niedriglohnsektor, in dem überwiegend Frauen beschäftigt sind, abgeschafft wird, zumindest aber die Sozialversicherungspflicht für prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingeführt wird,**
- **auch in Deutschland die Löhne sich am Produktivitätsfortschritt orientieren,**
- **gesunde Ernährung in den sozialen Transferleistungen berücksichtigt wird,**
- **der Zusammenhang zwischen Armut und Krankheit endlich gesehen und politisch bekämpft wird. Schließlich ist die Lebenserwartung von armen Frauen in Deutschland im Vergleich zum reichsten Viertel der weiblichen Bevölkerung reichen Frauen um acht Jahre kürzer.**